

KONFLIKTE ALS MOTOR DER ENTWICKLUNG GESELLSCHAFTLICHER HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Text

Sinah Mielich
Felix Wendeburg

Konflikte sind ein Grundtatbestand des Sozialen. Wir alle sind in Konflikten. Das Ausmaß der Verfügung über die Lebensbedingungen bestimmt den zentralen gesellschaftlichen Konflikt. Dieser Konflikt zeigt sich auf den verschiedenen Ebenen, die in der Ausstellung behandelt werden. Er manifestiert sich sowohl als materieller Verteilungskonflikt als auch als moralischer Anerkennungskonflikt.

In der Mitte der bundesrepublikanischen, aber auch in anderen „westlichen“ Gesellschaften kam es ab den 1990er Jahren zu einer zunehmenden Abkehr vom Anspruch, die Gesellschaft progressiv zu gestalten. Damit einher ging eine Verbreitung von Verrohungstendenzen, die in Menschenfeindlichkeit gegenüber gesellschaftlich (scheinbar noch) Schwächeren wie Geflüchteten oder prekär Beschäftigten zum Ausdruck kommen. Die neoliberale Einrede, der Mensch sei dem Menschen in erster Linie ein Feind bzw. Konkurrent und es gebe nur „vereinzelte Männer, Frauen und Familien“ (Margaret Thatcher) erreichte in den 2000er Jahren ihren Zenit.

Die „Mitte-Studien“ bzw. die Leipziger Autoritarismus-Studien stellen seit nunmehr zwanzig Jahren starke antidemokratische Tendenzen bis hin zu einem verrohten Bürgertum in der „Mitte“ fest (vgl. Oliver Decker et al. 2020). Gleichzeitig werden die Ursachen für die Verrohung mehr und mehr erkannt und das damit verbundene Unbehagen bisweilen produktiv gewendet, etwa in Kämpfen zur Überwindung der Privatisierung des öffentlichen Lebens, für Frieden, gegen die Profitmacherei ... Die „Corona-Krise“, die bei weitem mehr ist als eine Gesundheitskrise, hat die Gesellschaft seit Anfang 2020 noch einmal mehr polarisiert. Der in vielen Ländern mit den Maßnahmen zur Eindämmung des „Virusgeschehens“ verordnete Rückzug ins Private hatte auch die Funktion, die oben genannten tiefgreifenden sozialen und politischen Konflikte einzudämmen.

In dieser Lage haben wir uns in einem studentisch erkämpften Projektstudium „Uni in gesellschaftli-

cher Verantwortung“ an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg ab dem Sommersemester 2020 in einem dreisemestrigen Durchgang mit dem Titel „Erweiterte Konfliktfähigkeit und produktiver Streit: Erziehungswissenschaftliche Antworten auf Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“ der Bedeutung von Konflikten gewidmet.

Ausgangspunkt unseres Projektes war die These: **(Politische) Konflikte sind Motor gesellschaftlicher (progressiver) Entwicklung. Durch das bewusste Führen von Konflikten kann in die gesellschaftliche Entwicklung eingegriffen werden.**

Dabei geht es immer auch um Handlungsfähigkeit, und zwar um eine bestimmte: die verallgemeinerte Handlungsfähigkeit (Klaus Holzkamp). Diese meint das Erkennen der eigenen Involviertheit in restriktive, selbstschädigende Praxen und Denkweisen sowie die Perspektive ihrer Überwindbarkeit durch verallgemeinerbare Bewältigungsformen. Im weiteren Prozess kann dies auch übersetzt werden mit „erweiterte Konfliktfähigkeit“, mit der darauf gesetzt wird, gemeinsam mit meinesgleichen die Lebensbedingungen zu verbessern – im Konflikt mit all dem, was den Menschen zu einem „geknechteten, verächtlichen und verlassenen Wesen“ (Karl Marx) macht (oder machen will).

Diese These meint, dass die Verfassung einer Gesellschaft wesentlich davon abhängt, inwieweit ihre Mitglieder sich imstande sehen und sich zumessen, Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen – und sich damit in den Konflikt mit der neoliberalen Einrede „*There Is No Alternative*“ (Margaret Thatcher) begeben.

Symptome bzw. Auswüchse des Grundkonflikts um materielle Verteilung und moralische Anerkennung gibt es (derzeit) zuhauf. Ein aktuelles Beispiel ist die zugespitzte Lage im Bildungsbereich: Aktuelle Untersuchungen wie die COPSY-Studie des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) zeichnen ein dramatisches Bild der psychosozialen Auswirkungen des Lockdowns und der damit verbundenen Eindämmung und Isolation

sowie der fehlenden Möglichkeiten, gemeinsam die Lage zu reflektieren und zu beeinflussen, auf Kinder und Jugendliche (Ulrike Ravens-Sieberer et al. 2021).

Zum gelingenden Aufwachsen gehört sowohl emanzipatorische Bildung als auch demokratische Teilnahme, und beides kam schon vor der Corona-Krise zu kurz. Klar ist, dass beides nicht in der Familie realisiert werden kann, die aktuell wieder einmal für das Glück dieser Erde erhalten muss und der nun die Verantwortung für Homeschooling, -Kitaining und -Jugendarbeit aufgebürdet wird. Dadurch sind Eskalationen in den familiären vier Wänden vorprogrammiert.

Um Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, deren Entstehen durch ein autoritäres gesellschaftliches Klima befördert wird, entgegenzuwirken, braucht es den kultivierten, (resozialisierten) Streit und das gemeinsame Erlernen von Demokratie, indem man sie praktiziert – von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Damit das im Sinne eines emanzipatorischen und demokratischen Aufwachsens geschehen kann, muss jedoch sowohl in Institutionen der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Erwachsenenbildung als auch in den Schulen Konfliktfähigkeit zum Maßstab der Bildungsarbeit und des sozialen Lernens werden.

Um diesen Anspruch, der auch vor der Corona-Krise noch nicht realisiert war, werden die Bildungseinrichtungen nicht herumkommen, wenn ihnen etwas an verallgemeinerter Handlungsfähigkeit liegt. Dagegen steht ein durchaus mächtiges Interesse, den Status quo zu verteidigen und dieses Potenzial kleinzuhalten. Für alle diejenigen, die auf Handlungsfähigkeit setzen, gilt also umso mehr, uns gemeinsam in einen Konflikt mit der gesellschaftlichen Eindämmung und Anspruchslosigkeit zu begeben. Für die Erweiterung der demokratischen Möglichkeiten braucht es Organisation – Gelegenheiten dafür gibt es *en masse!*

Zu nennen ist hier etwa das Hamburger Bündnis des „Sozialratschlags“ im Zusammenhang mit der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“

Im Forderungspapier von Juni 2021 heißt es:

„Die sozialen Einrichtungen sind essentiell dafür, diese Krise zu überwinden, weil sie die Möglichkeit bieten, die Verhältnisse zu reflektieren, untereinander zu kooperieren, in diesem Sinne für eine demokratische und sozial-nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft konflikt- und handlungsfähig zu werden. Dem entgegen sind die Träger und Einrichtungen seit den 1990er Jahren unter Druck gesetzt, um geringe Mittel zu konkurrieren und sich dabei ihrer je spezifischen inhaltlichen Ausrichtung zu entledigen, um zu zeigen, dass sie ökonomisch fit sind und ‚effizient‘ wirtschaften (Stichwort: Neue Steuerungsmodelle). Dadurch wird die Soziale Arbeit auf Mangelverwaltung reduziert und trägt zur Stigmatisierung bei.

Eine Abkehr von der so forcierten Logik von Konkurrenz und Eigenverantwortung ist sofort möglich, denn Geld ist genug da! Zur Minderung der begründeten Ansprüche der Beschäftigten und Nutzer:innen der Sozialeinrichtungen nutzen Bund und Kommunen jedoch die sogenannte ‚Schuldenbremse‘, um zu legitimieren, dass die soziale Infrastruktur nicht auskömmlich finanziert wird, während öffentliche Mittel in Konzernrettungen zugunsten weniger fließen.

Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes haben wir – Aktive aus verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit – uns zusammengetan und fordern einen Richtungswechsel.“ (Forderungspapier „Für eine bedarfsgerecht ausfinanzierte Soziale Arbeit“)

In der solidarischen Praxis der beteiligten Akteure ist eine verallgemeinerte Handlungsfähigkeit erkennbar. Sie organisieren sich, weil sie die Unterfinanzierung und die damit verbundene defizitorientierte, restriktive Ausrichtung der gegenwärtigen Sozialen Arbeit fachlich ablehnen und falsch finden. Dieser Widerstand ist ein erster Schritt raus aus der Alternativlosigkeit: Eine Alternative zum Status quo ist denkbar, für ihre Realisierung muss jedoch gemeinsam beraten und gestritten werden.

Die Perspektive der Aktivitäten ist auf die Stärkung und den Ausbau demokratischer Gemeinwesenarbeit gerichtet, die die Möglichkeit bietet, die aktuellen Verhältnisse zu reflektieren, ihre Geschichte zu erkennen und – demokratisch – in das Gemeinwesen einzugreifen, um die Lebensbedingungen der Mehrheit zu verbessern. In dieser Arbeit am Sozialen in neuer Qualität steckt auch die Möglichkeit, die Dimension der sozialen Räume zu erweitern, globale Bündnisse einzugehen und solidarisch zusammenzuwirken – das Handeln zu verallgemeinern. Ein solches Gesellschaftsprojekt ist auf eine Entwicklung gerichtet, in der die Entfaltung jedes einzelnen Menschen niemandes Nachteil, sondern ein Vorteil für alle ist. Die neuen Bedürfnisse, wie sie etwa in den Aktivitäten des Sozialratschlags mit- und füreinander geschaffen werden, sind nicht einfach eine Kritik am Mangel, sondern das inhaltliche Ringen um Verbesserungen und darum, wie sie erreicht werden können.

Konfliktfähigkeit bedeutet an dieser Stelle auch, sich mit den Motiven und Folgen des eigenen Handelns auseinanderzusetzen und damit auch eine immer tiefere Einsicht in die geschichtliche Wirksamkeit menschlichen Handelns zu gewinnen: Unterstütze ich eher die Anpassung an den Status quo oder die Emanzipation?

Dieses Vorgehen kann in eine „erweitert-konfliktfähige“ Alltagspraxis übergehen. Zu klären ist dafür: Wie kann realisiert werden, dass sich alle Menschen zu messen, wichtig und wertvoll für ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt zu sein und das weit verbreitete Gefühl von Ohnmacht und Einflusslosigkeit zu überwinden? Weshalb schämen sich Menschen dafür, dass sie eine Gesellschaft wollen, in der eine beheizbare Wohnung zu haben und eine umfassende sowie kostenlose gesundheitliche Versorgung selbstverständlich sind; dass einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen zu wollen mehr sein kann als das eigene private „Glück“; dass die Widerständigkeit junger Menschen nicht zu Verwertungszwecken eingehegt wird, sondern – in einem bedarfsgerecht ausfinanzierten Sozial- und Bildungssystem – in

Zusammenhang mit kritischer Persönlichkeitsentwicklung gebracht und gesellschaftlich produktiv gemacht wird? Was ist, wenn der Prozess der demokratischen Aufhebung der herrschenden Interessen ganz nebenbei bereits die Lebensweise ist, die wir entwickeln wollen?

Nicht selten werden Konflikte als Bedrohungen oder aber lediglich als Widerstreit irgendwelcher Akteure um irgendetwas Drittes definiert oder einer angeblich „bösen“ Natur des Menschen untergeschoben. Der Mensch ist jedoch von Natur nicht böse, sondern ein soziales Wesen und damit handlungsfähig. Im gegenseitigen Zutrauen der Bedeutung menschlichen Handelns zeigt sich bereits eine produktive Haltung zum Konflikt und damit auch der Optimismus, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen möglich ist. Ein Schritt zur Befreiung von der Bescheidenheit und der aktiven Entwicklung eines Neugestaltungsanspruchs von Gesellschaft ist damit gemacht.

Wägen wir also den Mut zum (produktiven) Konflikt! Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sollten herausgefordert werden, dies zu erlernen.

Literatur

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken, Psychosozial-Verlag, Gießen, online verfügbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2020_LAS_AutoritaereDynamiken.pdf
- Forderungspapier des Hamburger Sozialratschlags „Für eine bedarfsgerecht ausfinanzierte Soziale Arbeit“, Juni 2021, online abrufbar unter www.schluss-mit-austeritaet.de
- Ravens-Sieberer, Ulrike u.a. (2021). Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSYS-Studie. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz. <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3>